

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

Verlagsort: Leipzig, Postfach Nr. 20.

Postfachnummer: Leipzig 21806, Elbeblatt Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 58.

Dienstag, 11. März 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postamt Leipzig 21806 monatlich 1.20 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 am breite Grundstifts-Zeile (7 Spalten) 20 Pf., Ortspreis 25 Pf.; jeztraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 20 Pf. Besondere Tarife. Verwilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Verzug geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Unerbittliche Unterhaltungsbeiträge, „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Wertheimer 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Auf Grund der Bekanntmachung über Auskunftsfrist vom 12. Juli 1917 (RGV. S. 604) wird hiermit eine außerordentliche Nachprüfung der Viehzählungsergebnisse für Minder und Schweine vom 1. März 1919 für den 20. März 1919 angeordnet. Die Nachprüfung ist von den Kommunalverbänden nach näherer Anweisung des Ministeriums durchzuführen. Die Viehhalter sind verpflichtet, dem vom Kommunalverband beauftragten Personen Auskunft über den Viehbestand zu erteilen, sowie ihnen das Betreten und die Befichtigung der Räume zu gestatten. Wer den Beauftragten des Kommunalverbandes die geforderte Auskunft nicht erteilt oder willkürlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder das Betreten seiner Räume verweigert, wird nach § 5 der Bekanntmachung über Auskunftsfrist vom 12. Juli 1917 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Auch können Tiere, die verschwiegen worden sind, als dem Staate verfallen erklärt werden. Inhabliche Auseinandersetzung steht nach der gleichen Bestimmung Geldstrafe bis zu 3000 M. nach sich.

Dresden, am 7. März 1919.

772 V L A III.

Wirtschaftsministerium.

Gierverteilung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Kommunalverbandes Großenhain vom 5. März 1919 — Riesner Tageblatt Nr. 55 vom 7. März 1919 — geben wir be-

kannt, daß auf jeden Wochenabschnitt vom 10.—16. März 1919 der Eierkarte 1 Ei zum Preise von 43 Pf. geliefert wird.

Um ein längeres Stehen vor den Geschäften zu vermeiden, findet der Verkauf nach Brotkartenausgabebeziehen statt. Es erhalten die Eier:

a. im Hauptgeschäft der Volkseigenenschaft Riesa, e. G. m. b. H., Wettinerstr. 24, Donnerstag, den 13. März 1919, nachmittags 2—6 Uhr, Diejenigen, welche ihre Lebensmittelkarten abholen in der Schankwirtschaft „Elbebräu“ und in der Carolastube.

Freitag, den 14. März 1919, nachmittags 2—6 Uhr, Diejenigen, welche ihre Lebensmittelkarten abholen im Gasthaus „Stadt Dresden“ und im Realprogymnasium, Sonnabend, den 15. März 1919, nachmittags 2—6 Uhr, Diejenigen, welche ihre Lebensmittelkarten abholen im Gasthaus „Deutsches Haus“ und in der Schankwirtschaft „Dampfabdank“.

b. im 2. Geschäft der Volkseigenenschaft Riesa, e. G. m. b. H., Schloßstraße 15, Donnerstag, den 13. März 1919, nachmittags 2—6 Uhr, Diejenigen, welche ihre Lebensmittelkarten abholen im Gasthaus „Stern“ und in der Knabenkule, Freitag, den 14. März 1919, nachmittags 2—6 Uhr, Diejenigen, welche ihre Lebensmittelkarten abholen in der Volkseigenen, Sonnabend, den 15. März 1919, nachmittags 2—6 Uhr, Diejenigen, welche ihre Lebensmittelkarten abholen im „Ratskeller“.

Der Rat der Stadt Riesa, am 10. März 1919.

Ghm.

### Lichtenberg.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Am 10. März und in den angrenzenden Vororten sind Ende der vergangenen Woche Unruhen verübt worden, die nur mit Balkanunruhen oder mit Kolonialunruhen zu vergleichen sind. Lichtenberg, der größte der östlichen Berliner Vororte, zählte vor dem Kriege annähernd 150 000 Einwohner. Hierher hatten sich die durch Massenverdrängung des Berliner Gebiets vertriebenen Spartakisten aus dem Innern Berlins vor den Geschützen und Maschinengewehren der Regierungstruppen zurückgezogen. In tierischer Wut und wildem Rachedurst haben sich die politischen „Idealisten“ auf das Lichtenberger Volksgelände, die Hauptpost und andere Dienstgebäude gestürzt, die Befehls- und Polizeistellen entzweit und Mann für Mann erschossen. Die Reichsregierung hat die einzig mögliche Folgerung daraus gezogen, und das Standrecht über Groß-Berlin verhängt. Es sind bereits einige dreißig bewaffnete Aufständische standrechtlich erschossen worden.

Inmitten der Parteikämpfe kann der Einzelne immerhin die Energie und innere Sammlung aufbringen, um andere Ueberzeugungen und selbst die extremsten in ihrer Logik und Psychologie zu verfolgen und zu verteidigen. Aber gegenüber den Lichtenberger Unruhen verstummt die Stimme im Innern, die mahnt: Erörtere und Verstehe. Die Niedermetzung der Polizeibeamten war eine Tat des Verbrechertums gegen die von der Gemeinschaft aller Staatsbürger eingeleitete Schutzmacht und der Spartakisten ist für alle Zeiten mit dem Mafel behaftet, mit und für Verbrechertum gekämpft zu haben.

Und doch: Neu ist auch diese Erscheinung nicht. Seit mehr als einem Jahre sind die russischen Bolschewiken die Schritte des Verbrechertums. In ihren eigenen Reihen sind Völkerei, Erpressung, Mord, Schändung, Unterschlagung an der Tagesordnung, und wo solche Taten ungestraft geübt werden können, da fühlt sich auch der nicht-bolschewistische Pur-Verbrecher aufgehoben. Dem kommunistischen Aufbruch dort wie hier folgt das Verbrechertum wie ein Schatten. Herrliche Tage haben Ende der Woche Märderei, Diebe und Hebler im Berliner Osten in den Hausruinen und in den mit Wurzeln besetzten Straßengassen etc. etc.

Wird sich noch ein Rest von Glauben an den Sieg des Guten bewahrt hat, fragt sich, ob die Bewegung denn nicht an ihrer Unmoral zu Grunde gehen muß. Sie geht dann nicht zu Grunde, wenn eine Volksmoral vorhanden ist, welche Unlauterkeit und Gemeinheit ablehnt. Es scheint, als ob die Unterernährung den Teil der Gehirnanlagen gelähmt hat, in denen moralische Werturteile nach höheren Gesichtspunkten gebildet wurden. Es führt eine abwärts gerichtete Kurve von Kriegshämerei über unreligiöse Verleumdung zur Plünderung großstädtischer Schlachtfelder. Wird die Masse, wenn sie laut zu reden erhebt, nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch die Moral wiederfinden?

Der Bolschewismus, der bei uns Spartakismus heißt, hat die Taktik des früheren Nihilismus übernommen, die sich „Propaganda der Tat“ nennt. Mord an hervorragenden Vertretern des alten Systems zur Abschreckung und Entnerung der anderen Vertreter, Verleumdung der Säulen, auf denen die alte Ordnung ruht, das ist das Wesen der Kampfform. Gegen Einbuße an Gut ist der Bürger fast stumpf geworden; nimmt es ihm nicht der Spartakist, so nimmt es der Staat. Aber das Leben hat jeder nur einmal zu verlieren, und das ist bedenklich. Auch die Form unserer irdischen Unsterblichkeit, unsere Kinder, sind in gleicher Weise bedroht wie wir. Das Blutbad in Lichtenberg hat vor Frauen und Kindern nicht Halt gemacht. Ist nun die Blutorgie der letzten Tage ein vereinzelter Akt oder deutet sie die Formen an, in denen sich künftig der Erziehungskampf des deutschen Staats- und Wirtschaftslebens gegenüber dem Wahnsinn vollziehen wird?

In den Berliner Großbetrieben, soweit sie nicht in der Kamfzone liegen, ist gestern die Arbeit wieder aufgenommen worden, namentlich in den Eisen-, Schweiß-, Holz- und Textilbetrieben, deren Arbeiterschaft größtenteils in der Umgebung der Fabriken wohnt. Nur ein Teil derjenigen Arbeiter, die auf die Stadtbahn- oder Straßenbahn angewiesen sind, um an ihre Arbeitsstätte zu gelangen, ist noch ausgeblieben.

Um 6 Uhr abends gestern wird mitgeteilt: Von den Regierungstruppen ist Reuditz bis zur Ringbahn besetzt. Nach Norden verläuft die erweiterte Linie über den Reichshof Bahnhof, den Friedrichsbahn, den Güterbahnhof Nord, die Nordgrenze von Noßitz. Die Durchsicherung der Entwässerung macht gute Fortschritte. Ein An-

griff auf Lichtenberg ist beabsichtigt. Der Zeitpunkt dafür kann aber noch nicht angesetzt werden.

In Berlin haben gestern Truppen der Gardeabteilung 1. und 2. Division in der Gegend der Reichshof- und der Markstraße ein Sparta-Kennzeichen aufgehoben mit über 100 Mann und davon etwa 30 Mann handrechtlich erschossen. — Nach verschiedenen Quellen rechnete man damit, daß die Regierungstruppen nach gestern in Lichtenberg eintreffen würden, das schon vom Osten her umfaßt ist. — Ueber den Verlauf des Berliner Aufbruchs teilen verschiedene Blätter mit, daß der von Noack und den vor mehreren Wochen verhafteten 86 Führern des linken Soldatenbundes beabsichtigte Aufstand vorbereitet war, daß die übrigen Führer im nächsten Durchführen konnten. Ihnen standen ungefähr 10 000 Bewaffnete zur Verfügung, Detenteure, Strafgefangene, Arbeitslose, ein großer Teil der Volksmarineinführung und mehrere Dutzende der republikanischen Soldaten. Die einheitliche Führung der Aufständischen hat jetzt aufgehört. Kleine Truppen von 10—20 Mann sind in den Gärten, Kellern, Scheunen usw. verstreut zusammen versteckt noch 3000 bis 4000 Mann. An unabhängiger militärischer Stelle wird über den Aufbruch in Berlin erklärt: Verbrechertische Elemente haben den Streik benutzt, um einen Aufruhr zu entfesseln. Sie wollten nach Einnahme des Reichstags, den Reichstag, die Reichsbank und die Bahnhöfe nehmen und dann die Märderei erklären. Das Zentrum ist gefährdet, wobei die Marinebrigade, eine vorzügliche Truppe, wertvolle Hilfe leistet. Die aufständischen Massen sind zusammengebrochen und haben sich in kleine Truppen ohne einheitliche Leitung aufgelöst. Scharbau ist fast in unserer Hand. Die Regierungstruppen sind absolut verlässig. Zunächst sollen der Osten und die östlichen und nordöstlichen Vororte bis über Groß-Berlin hinaus gesäubert werden. In Lichtenberg sind tatsächlich etwa 150 Personen totgeschlagen worden. Überall wurde gepöbelt. Es scheint wahr zu sein, daß ein oder mehrere Spartakistische Flieger über Berlin arbeiten. Die militärische Führung der Aufständischen lag in den Händen des linken Soldatenbundes, der der kommunistischen Partei nahesteht und besteht zweifellos zum Teil aus Mitgliedern der Intelligenz. Eine Neutralität von bewaffneten Truppenteilen in Berlin wird nicht geduldet. Die Garde hat sich ausnahmslos bereit erklärt, die Beschießung anzuerkennen und auszuführen. Unzuverlässige Elemente werden schnell erkannt und während der 14-tägigen Probierzeit entfernt.

In Weimar ist man sich darüber klar, daß die teilweise Unterdrückung der Unruhen in Berlin und an anderen Stellen zu einem übertriebenen Dolmetschismus vorläufig noch keine Veranlassung gibt. Man weiß, daß derartige Vorgänge sich so lange wiederholen werden, bis der Mangel an Lebensmitteln und Arbeitsgelegenheit behoben ist. Reichskommissar Winiwiler teilt in einer Pressebesprechung mit, daß nachgemessenen Fortschritte enge Beziehungen zwischen den Königsberger Spartakisten und den Bolschewiken in Litauen und Nowos bestehen.

### Neue Unruhen in Düsseldorf.

In Düsseldorf beginnt es bereits wieder zu gären. Die Unabhängige Sozialdemokratie führt eine Propaganda zugunsten neuer Gewalttätigkeiten. Man verlangt völlige Amnestie für die verhafteten Spartakisten und Zurückgabe der Regierungstruppen. Wenn diese Forderung nicht erfüllt wird, wird mit einem neuen Generalkrieg gerechnet werden müssen. Zu blutigen Zusammenstößen ist es vorgekommen zwischen Regierungstruppen und Kundgebungen. Die Lage ist wieder bedenklich. Die Anzeichen, ob die Verhängung des Belagerungszustandes dringend erforderlich gewesen sei, gehen in der Bürgererschaft weit auseinander. Es handelt sich bei dem Wiederaufleben der Unruhen nicht um eine vereinzelt geäußerte Meinung; allenfalls im Industriegebiet verhalten die Spartakisten neue Forderungen. Die „Düsseld. Nachr.“ melden, daß vorgestern alle öffentlichen Betriebe und die meisten Werke militärisch besetzt wurden. Dadurch soll verhindert werden, daß bei neuen Ausbrüchen die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit gezwungen werden können.

### Aus Oberschlesien.

Spartakisten erklärten gestern früh die Wache auf der Grenzkraße, wobei dem Polen das Gewehr entzogen wurde. Ein Soldat wurde durch Kopfschuß sofort getötet und ein Unteroffizier durch Bauchschuß schwer verletzt. Das Militär konnte sich nur durch Handgranaten des Angriffs erwehren. Die Streiklage in Oberschlesien ist dieselbe wie am Sonntagabend. Es sind im ganzen 25 Schichtanlagen im Auslande. Beendigung des Generalkriegs in Leipzig. Der Generalkrieg in Leipzig ist am Montag für beendet

erklärt und beschlossen worden, am Dienstag früh in sämtlichen Betrieben die Arbeit wieder aufzunehmen. Bereits gestern vormittags ist von den Eisenbahnern die Arbeit aufgenommen worden, sodas der Zugverkehr von und nach Leipzig wieder im Gange ist; gleichzeitig ist auch der Postverkehr nach auswärts wiederhergestellt. Der A. und S. Rat hat an die Arbeiter die Aufforderung gerichtet, jetzt nach Beendigung des Generalkriegs, wo die Gefahr eines Einmarsches fremder Truppen behoben sei, die Waffen und Munition sofort wieder abzugeben. Gleichzeitig ist die Bekimung aufgehoben worden, wonach von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh kein Personenverkehr auf den Straßen stattfinden dürfte und die Postale um 10 Uhr geschlossen werden mußten. Am Sonntagabend und Sonntag haben an verschiedenen Stellen der Stadt bedeutungslose Schieberden stattgefunden, bei denen jedoch weder Personen verletzt noch Ausbreitungen benannt wurden. Es handelt sich in den meisten Fällen um Schredschiffe, die abgegeben wurden, um Menschenansammlungen zu zerstreuen. Sonntag vormittags fand in der Altherhalle eine vom Leipziger Bürgerausschuß einberufene Versammlung statt, die einen Massenbesuch aufwies. Im Verlauf dieser Versammlung erschienen plötzlich drei bewaffnete Matrosen im Auftrag des hiesigen Bahnbefehlshabers und beschlagnahmten 200 Flugblätter, nachdem vorher sämtliche Eingänge der Altherhalle besetzt worden waren. Die Versammlung nahm jedoch einen ungehörten Verlauf.

### Nationalversammlung.

Die gestrige Sitzung wurde um 2 Uhr 20 Min. eröffnet. Tagesordnung: Ernährungsinterpellation. Zur Interpellation führt Abg. Dr. Vetter (Dsm.) aus: Die Regierung muß mit absoluter Klarheit und Klarheit dem deutschen Volke sagen, wie die Lage ist. Andererseits müssen wir das moralische Gefühl des Volkes aufrufen. Die Arbeitseinstellungen müssen aufgehoben, damit die vorhandenen Vorräte nicht aus Furcht vor der Unsicherheit vergeudet werden. Wir fordern speziell die Aufhebung der Zwangsverpflichtung für Frische und Eier, weiter den Abbau der Kriegsorganismen. Zum zweiten haben wir unsere Interpellation eingebracht, um an das Gewissen der Welt zu appellieren. Wenn wir nicht die Lebensmittel bekommen, die wir haben müssen, dann wird das nicht länger zu einer deutschen, sondern zu einer europäischen Katastrophe führen. Wenn aber der russische Bolschewismus Deutschland und schließlich ganz Europa überflutet, dann mögen die Mächte die Verantwortung tragen, die da helfen können, aber nicht wollen. Zur Begründung der Interpellation der Deutschnationalen und Deutschen Volksparteier über die Abkündigung des Notstandes für die Landwirtschaft erklärt Abg. Dr. Semmler (Deutschnat. Vp.): Wir stehen vor einer Katastrophe, wenn in Bezug auf die Produktion künstlicher Düngemittel und die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte für die Landwirtschaft nicht Abhilfe geschaffen wird. Wir müssen Vorbehalte treffen, daß wir in der Zukunft vom Auslande unabhängig gemacht werden. Die Zwangsverpflichtung muß nach den Vorschlägen von Dr. Rösche abgeändert werden. Es muß den Landwirten volle Freiheit gelassen werden. Die Landwirtschaft kann nur gefördert werden durch den Privatbetrieb, nicht durch die Sozialisierung. Das muss befestigt die gemeinsame Besprechung der beiden Interpellationen.

Ernährungsminister Schmidt: Die Frage der Interpellanten, ob unsere Ernährung bis zum nächsten Wirtschaftsjahr ausreicht, muß ich verneinen. Was soll nun geschehen, um den Fehlbetrag zu decken? Eine Herabsetzung der schon so niedrigen Lebensmittelrationen ist unmöglich. Es bleibt also nur übrig, den Fehlbetrag durch Zufuhr vom Auslande zu decken. Die Hoffnung auf Aufhebung der Blockade bei Inkraftsetzung des Waffenstillstandes war trügerisch. Alles spricht dafür, daß der Wirtschaftskampf auch nach Friedensschluss mit aller Schärfe fortgeführt werden soll. Trotz alledem läßt es sich nicht so schlimm mit unserer Ernährung, wenn nicht durch sinnlose Streiks und politische Unruhen die Ernährungslage aus dem neutralen und dem feindlichen Auslande unterbunden worden wäre. Wir hätten unseren Vorräten mancherlei Erleichterungen schaffen können. Wir hätten in nicht geringem Umfang Reis, Getreide, Fleisch und Säbfrüchte einführen können, wenn wir dafür als Kompensation Kohle, Kalk und Eisen hätten bieten können. Wenn wir das nicht bieten konnten, sind sie uns vor der Nase weggeschmuggelt worden. Das Ausland will nicht unter entwertetes Geld; es will unsere Erzeugnisse. Ja, ja, es ist vor aller Dummheit, daß ich die Verantwortung für die Ernährung der Städte nicht mehr übernehmen kann.